

SPD - Vor Ort

Informationen der Abteilung 7/2 & 7/6 & 7/7 der SPD Charlottenburg - Wilmersdorf
Nr. 17 für den Wahlkreis 4 September 2009



Liebe Mitbürgerinnen

Liebe Mitbürger,

geht man in diesen Tagen des Bundestagswahlkampfes durch die Straßen unserer Stadt, so fällt bei den Plakaten der CDU auf, dass die Devise dahinter offenbar lautet: Im Schlafwagen an die Macht rollen, den „Kanzlerinnen-Bonus“ nutzen –

bloß nicht durch inhaltliche Festlegungen Wählerinnen und Wähler verschrecken! Es ist nur folgerichtig, wenn die SPD demgegenüber verdeutlicht, für welche Punkte sie politisch steht.

Erstens: Bildung darf nicht vom Portemonnaie der Eltern abhängen! Wohin die Reise mit der CDU in diesem Bereich geht, lässt sich sehr gut in den Bundesländern unter CDU-Regierung ablesen, wo flächendeckend Studiengebühren von etwa 500 € pro Semester eingeführt sind. Welche Eltern können es sich leisten, ihre Kinder unter diesen Bedingungen studieren zu lassen? Die große sozialdemokratische Reform der siebziger Jahre, durch die auch vermehrt Jugendlichen aus Arbeitnehmerhaushalten ein Studium ermöglicht wurde, wird durch Schwarz-Gelb zurückgeschraubt. Auch im Bereich der vorschulischen Erziehung und der schulischen Bildung zeigen CDU und FDP klar, für welche Bevölkerungskreise sie Politik machen.

Zweitens: Ein Gesundheitssystem für alle! Das Beispiel der USA belegt besonders drastisch, wohin es führt, wenn bestimmte medizinische Leistungen nur noch für Leute zur Verfügung stehen, die sie sich privat leisten können – alle anderen beißen die Hunde! Die SPD steht für ein Gesundheitssystem, das in der Breite für die gesamte Bevölkerung qualitativ hochwertige Leistungen bietet.

Drittens: Der vereinbarte Atomausstieg muss gültig bleiben! Nicht etwa eine veränderte energiepolitische Situation, sondern das pure materielle Interesse der Energiekonzerne, mit bereits abgeschriebenen Atomkraftwerken noch einige Jahre länger satte Gewinne einzufahren, führt zu der Haltung von CDU und FDP, die Restlaufzeiten verlän-

gern zu wollen. Kein ernst zu nehmender Energieexperte behauptet heutzutage noch, dass in der Atomkraft die Lösung unserer künftigen Energieprobleme liegen könnte. Hierfür ist vielmehr Effizienz im Umgang mit Energie das Stichwort sowie der Ausbau regenerativer Energien – also eine ökologische Industriepolitik, wie von der SPD gefordert.

Das Verhalten der Parteien angesichts der **durch die Wirtschaftskrise gefährdeten Arbeitsplätze** spricht ebenfalls Bände. Der von manchen Medien zum neuen Star hochgeschriebene Wirtschaftsminister Freiherr zu Guttenberg von der CSU fiel bislang nur durch kalte Ablehnung jeder Hilfe für die bedrohten Arbeitsplätze bei Opel auf. Selbstverständlich ist es kein Leichtes, ein durch Management-Fehler und internationale Finanzspekulation ins Schlingern geratenes Unternehmen zu stabilisieren. Doch im Interesse des Wirtschaftsstandortes und tausender gefährdeter Arbeitsplätze ist der Rettungsversuch durch eine verantwortungsbewusste Regierung doch wohl geboten!

Wohin die Reise mit CDU/CSU und FDP schließlich in der **Außenpolitik** ginge, ist ein Thema, über das Angela Merkel am meisten Schweigen bewahrt, seit ihre peinliche Anbiederung an George W. Bush in Deutschland auf eine so deutliche Ablehnung gestoßen ist. Eine SPD-geführte Regierung hat unser Land geschickt aus dem Irakkrieg herausgehalten, und ein außenpolitisch versierter Bundeskanzler Steinmeier wird auch alles tun, um den Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan schnellstmöglich zu beenden!

Ich kann Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, nur eindringlich bitten, am 27. September wählen zu gehen, der SPD ihre Stimme zu geben und hier im Wahlkreis Merkel zu wählen – und zwar **Petra Merkel**, unsere Bundesabgeordnete und Wahlkreis kandidatin, die sich Ihnen im Innenteil dieser Zeitung vorstellt!

Ihr Wahlkreisabgeordneter

Frank Jahnke

Mitwirken. Mitgestalten. Verantwortung übernehmen.

Sie lesen hier eine Zeitung des Wahlkreisabgeordneten Frank Jahnke, MdB, die von drei SPD-Abteilungen – woanders auch Ortsverein genannt – getragen werden. Sie finden Beiträge verschiedener Autorinnen und Autoren aus der Basis der SPD, von Frank Jahnke und von unserer Bundestagsabgeordneten Petra Merkel. Sie sehen ein Arbeitsergebnis aller Ebenen einer Partei. Die Parteiarbeit wird von Ehrenamtlichen getragen. Auch Sie können mitmachen. Haben Sie Interesse an Diskussion? Wollten Sie Ihre Sicht der Dinge unmittelbar an die Mandatsträger der SPD herantragen? Wollen Sie den politischen Prozess mitgestalten? Sie sind herzlich willkommen! Auf Basis des gemeinsamen Grundsatzprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands arbeiten wir alle zusammen. Nehmen Sie sich bitte die Zeit, unsere Veranstaltungen, unsere Mitglieder-

versammlungen und unsere Informationsstände zu besuchen. Sie werden immer einen Ansprechpartner finden. Das Engagement in einer Partei eröffnet viele Möglichkeiten der Mitwirkung. Das Geschehen im Kiez und im Bezirk wird durch die Bezirksverordneten, durch Bürgerdeputierte und durch die Bezirksamtsmitglieder unmittelbar gestaltet. Übernehmen Sie selbst Verantwortung. Lassen Sie uns gemeinsam für soziale Gerechtigkeit, für Chancengleichheit und für den Frieden arbeiten.

Konkret: Kommen Sie so vorbei. Werden Sie Gastmitglied. Werden Sie Mitglied der SPD!

Christian Christen,
Abteilungsvorsitzender
Kontakt: Tel. 030 / 313 88 82

Lietzenseefest für die ganze Familie

Am Sonnabend, dem **19. September 2009**, von **14.30 bis 18.30 Uhr** lädt die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf zum Familienfest auf die Wiese am Lietzensee, Zugang Kaiserdamm, ein. Politik zum Anfassen – u. a. mit der SPD-Bundestagsabgeordneten **Petra Merkel**, dem Regierenden Bürgermeister **Klaus Wowereit**, dem SPD-Landesvorsitzenden **Michael Müller**. Neben der SPD präsentieren sich Theater und Organisationen aus dem Bezirk. Für Musik sorgen die „Brothers of Blues“. Die Kinder erwartet ein großes Spieleangebot - von Hüpfburg bis Seifenkistenrennen ist alles dabei.

Liebe Charlottenburgerinnen, liebe Charlottenburger,

vielleicht sind wir uns schon einmal im Wahlkreis begegnet und Sie kennen mich bereits. Vielleicht kennen Sie auch nur mein Foto von den Wahlplakaten. Zur Bundestagswahl 2009 bewerbe ich mich bei Ihnen um das Direktmandat im Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf.

Seit 2002 vertrete ich als direkt gewählte Abgeordnete für Charlottenburg-Wilmersdorf auch Ihre Interessen im Deutschen Bundestag. Dort kann ich Politik für unseren Bezirk und für Berlin umsetzen. Ob Mittel aus den Konjunkturpaketen, dem Denkmalschutz oder dem Kultur- und Wissenschaftsetat – nach Charlottenburg-Wilmersdorf fließen Bundesmittel. So konnte ich als Mitglied des Haushaltsausschusses erreichen, dass die Sanierung des Turms der Berliner Gedächtniskirche mit rund einer Millionen Euro vom Bund unterstützt wird.



Nach wie vor ist es mein Ziel, dass der Bahnhof Zoo von der Deutschen Bahn AG wieder als Fernbahnhof angeschlossen wird. Das bleibt der Wunsch der Menschen hier. Ob Anwohner, Touristen oder Gewerbetreibende – wir brauchen den Bahnhof Zoo.

Im nächsten Bundestag möchte ich mich dafür einsetzen, zukunftssträchtige Branchen in Berlin zu unterstützen, um hier Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu gehört z.B. das Projekt zwischen Technischer Universität und der Universität der Künste, einen gemeinsamen Campus zu bilden. Damit können die Schnittstellen zwischen Kreativität und Technik genutzt, kleine und mittlere Unternehmen gegründet und neue Arbeitsplätze geschaffen werden – ganz im Sinne des Deutschlandplans von Frank-Walter Steinmeier.

Um diese Politik umzusetzen, brauche ich Ihre Unterstützung. Mit Ihrer Erststimme wählen Sie mich direkt ins Parlament. Mit Ihrer Zweitstimme wählen Sie meine Partei, die SPD. Damit Frank-Walter Steinmeier Bundeskanzler wird.

Auf Ihre Stimme kommt es an, wie sozial Deutschland aus der Krise kommt, ob neue Regeln für den Finanzmarkt durchgesetzt werden, ob der Ausstieg aus der Atomenergie gilt und neue Energien als Jobmotor für unser Land weiterhin gefördert werden. Bildung für alle, gleich welcher Herkunft ist ein wichtiges Ziel der SPD. Darüber entscheiden Sie, wenn Sie am 27. September 2009 die SPD wählen!

Ihre

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Pet. Alsted', written in a cursive style.

Mitglied des Deutschen Bundestages

Eine Berliner Kunsthalle für die Freiheit der Kunst!

Klaus Wowereit hat sich als amtierender Kultursenator für eine Kunsthalle am Humboldt-Hafen entschieden. Viel Kritik und wenig Lob gab es für diesen Plan, 30 Millionen soll diese Kunsthalle kosten. Viele argumentieren, eine „arme Stadt wie Berlin“ kann sich solch „Prestigeobjekte für Wowereit“ nicht leisten. Kaum diskutiert wird, wozu und für wen eine Kunsthalle? Erst dann kann man doch entscheiden, ob der Plan Wowereits sinnvoll ist oder nicht.

Einerseits knüpft die Stadt Berlin an ihre Tradition als Stadt der Bildenden Kunst, als Kunst- und Kulturmetropole, an. So arbeiten über 5000, also fast 13% der Bildenden Künstler Deutschlands in Berlin. In der Folge finden Ausstellungen ein immer größeres Echo bei den Kunstinteressierten, bei Bürgerinnen und Bürgern sowie Besuchern der Stadt. Bildende Kunst ist ein unübersehbarer Wirtschaftsfaktor für Berlin.

Andererseits haben nur 7 % der Berliner Künstler und Künstlerinnen einen Umsatz von über 16617 € im Jahr; die meisten verdienen weniger und viele fallen unter die Armutsgrenze. Fast 60 % der Kunstprodukte werden ohne Galerien vertrieben; 40 % beauftragen zwar Galerien, aber nur ¼ von ihnen haben feste Vertragsbeziehungen; d.h. 90 % der Künstler und Künstlerinnen haben keine regelmäßige Vertretung, sind also Produzent und Verkäufer in einem.

In der Folge, so muss man konstatieren, wird die meiste Kunst, die in Berlin entsteht, für die Berliner und Berlinerinnen nicht sichtbar.

Und wir haben schon einen Kahlschlag bei der Bildenden Kunst hinter uns. Mit der von den Berliner Künstlerinnen und Künstler selbst verwalteten und unjurierten „Freien Kunst Ausstellung“ in den Messehallen verschwand auch die Berliner Kunsthalle Anfang der 90er Jahre. An die Stelle traten z.B. das Art-Forum, eine Vielzahl von Galerien. Sie holen „internationale Kunst nach Berlin“, was sicher gut ist, zeigen aber zumeist schon etablierte Kunst. Nach und nach dominiert der Spekulationsmarkt immer mehr und mehr die Berliner Kunstszene. Dieser Prozess wird vom Land Berlin gefördert.

Um die Freiheit der Kunst zu gewährleisten, muss die Kunst unabhängig vom Spekulationsmarkt gefördert werden. Das wäre die Aufgabe des Staates und dazu könnte auch eine Kunsthalle dienen. Sie müsste dann aber als Beginn eines Kurswechsels verstanden werden.

Die jetzt auf die Kosten reduzierte Debatte zeigt, wie sehr Berlin eine Diskussion über die Art und Weise, wie und zu welchem Zweck eine Kunsthalle zu gestalten sei, braucht. Wird eine neue Kunsthalle ein Element für die Entfaltung der Freiheit der Kunst sein, oder nur ein weiterer Ort, der als Durchlauferhitzer für den spekulativen Kunstmarkt dient!

Was Berlin nicht braucht, sind noch mehr Orte, die den Verwertungsstrategien von sogenannten „Kunstinvestoren“ unterworfen sind. Das muss sich auch in einem pluralistischen Ansatz ausdrücken.

Was Berlin braucht, ist eine Kunsthalle des Dialogs, der Freiheit der Kunst verpflichtet, also eine unabhängige, pluralistisch ausgerichtete und demokratisch organisierte Kunsthalle.

Diese Kunsthalle muss vom Land Berlin verantwortet, mit einem Etat versehen und ausfinanziert sein. Eine Kunsthalle, die demokratisch, d.h. unter Beteiligung der Interessensvertretungen der Künstler und Künstlerinnen organisiert wird. Ein entsprechender Beirat muss das inhaltliche und organisatorische Zentrum dieser Kunsthalle sein.

Nur so wird eine Kunsthalle entstehen, die einen pluralistischen und Künstler und Künstlerinnen unabhängig davon, ob sie auf dem Markt schon etabliert sind, einen Platz gibt. Damit kann sie ein erstes Korrektiv zum spekulativen Kunstmarkt darstellen.

Eine Kunsthalle muss das Werk der Berliner Künstlerinnen und Künstler sein.

Diese Debatte hat leider noch nicht begonnen. Aber sie ist Voraussetzung für die Entscheidung über die Kunsthalle.

Gotthard Krupp,

Mitglied im Landesvorstand der Fachgruppe Bildende Kunst in der ver.di

Chaos-Sommer bei der Berliner S-Bahn

Als die Berliner S-Bahn im Frühsommer dieses Jahres begann, immer mehr Züge aus dem Verkehr zu nehmen, um sie einer vom Eisenbahnbundesamt angeordneten, intensiveren Kontrolle zu unterziehen, waren Zugausfälle und Verspätungen die Folge, bis schließlich ganze Linien nicht mehr befahren werden konnten – selbst die so wichtige Stadtbahnverbindung vom Alexanderplatz über Friedrichstraße und Hauptbahnhof zum Bahnhof Zoo nicht mehr. Die Zeitungen berichteten täglich in großer Aufmachung, und allenthalben war die Klage zu vernehmen, wie das gute Image der S-Bahn als modernes Verkehrsmittel der Metropole Berlin, hierdurch in Misskredit gebracht werde.

Dies trifft in der Tat zu, und es sei an dieser Stelle daran erinnert, wie mühsam und mit welchem großem Investitionsaufwand dieses positive Image der Berliner S-Bahn erst nach der Wiedervereinigung unserer Stadt geschaffen wurde. Vor zwanzig Jahren war die S-Bahn noch ein geteiltes System: Im Ostteil Berlins durchaus das Rückgrat des Personennahverkehrs, aber – wie so vieles in der DDR – auf Verschleiß gefahren, im Westteil ein Schrumpfnetz, das nur noch aus drei Linien bestand und seit 1984 eher halbherzig von der BVG mit betrieben wurde.

Erst die Deutsche Einheit ermöglichte es, die getrennten Netzteile wieder zusammenzuführen, den größten Teil der einst in West-Berlin stillgelegten Strecken nach und nach zu reaktivieren, Umlandverbindungen wieder herzustellen, den S-Bahn-Ring zu schließen, d.h. mit erheblichen öffentlichen Mitteln ein attraktives öffentliches Nahverkehrsmittel zu schaffen.

Die S-Bahn Berlin GmbH als hundertprozentige Tochter der 1994 aus Reichsbahn und Bundesbahn geschaffenen Deutschen Bahn (DB) AG betreibt bislang den gesamten S-Bahn-Verkehr in Berlin und erhält hierfür rund 230 Mio. € jährlich vom Land Berlin – die Bedingungen hierfür regelt ein Vertrag mit der S-Bahn GmbH. Durch die Verkehrseinschränkungen dieses Sommers wurde

dieser Vertrag nicht vollständig erfüllt. Als vermeintliche Lösung fordern die Oppositionsparteien daher unisono die Kündigung des S-Bahn-Vertrages und eine neue Ausschreibung, um einen "geeigneteren Betreiber" für den Berliner S-Bahn-Verkehr zu finden. Dies stellt jedoch nicht nur deshalb eine Scheinlösung dar, weil es einem anderen Unternehmen kaum gelingen dürfte, die erforderlichen Züge in absehbarer Zeit zu beschaffen, es wäre vor allem auch ein weiterer Schritt in die falsche Richtung!

Wir erinnern uns der eigentlichen Ursachen für das S-Bahn-Desaster: Die DB AG unter Führung von Hartmut Mehdorn ordnete dem Ziel der Privatisierung des Unternehmens alle anderen Aspekte unter; es kam nur auf "gute Geschäftszahlen" für den geplanten Börsengang der Bahn an. Der Berliner S-Bahn wurden daher Gewinnabführungen auferlegt, die im vergangenen Jahr bei 57 Mio. € lagen, sich in diesem Jahr auf über 80 Mio. steigern sollten und im kommenden Jahr über 100 Mio.! Die Geschäftsführung der S-Bahn versuchte daher, überall Kosten zu sparen – beim Aufsichtspersonal auf den Bahnhöfen ebenso wie bei den Betriebswerkstätten, bei der Reinigung der Züge ebenso wie bei der Wartung.

Als Kardinalfehler der Verkehrspolitik des letzten Jahrzehnts erweist sich immer mehr die von der Regierung Kohl 1994 begonnene Privatisierung der Bahn AG und die Idee, Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge dem Wettbewerb zu überlassen. Das Bundeswahlprogramm der SPD hat sich aus gutem Grund vom geplanten Börsengang der Deutschen Bahn AG verabschiedet. Es wird Zeit, auch bei der Diskussion um die Zukunft der Berliner S-Bahn nicht länger falschen Theorien hinterher zu laufen, sondern einem mit öffentlichen Mitteln hervorragend ausgebauten Verkehrssystem endlich wieder die Möglichkeit zu geben, seinen öffentlichen Auftrag für Berlin zu erfüllen!

Frank Jahnke

An dieser Stelle erinnern wir an bedeutende Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus Charlottenburg-Wilmersdorf

heute:

Der Atlantiker - Alexander Longolius

Menschen, die in den 1930er Jahren geboren wurden, sind nicht selten von der Freundschaft zu anderen Völkern beseelt. Auch Alexander Longolius, der am vorletzten Tag des Jahres 1935 als Sohn des Ingenieurs Fritz Heinrich und der Dozentin Dr. Margarete Longolius geboren wurde, gehört zu dieser Gruppe. Er erlebte das Kriegsende noch als Kind. Als Heranwachsender hat er die Blockade Berlins 1948/49 und die von den Amerikanern organisierte Luftbrücke miterlebt. Von seiner Schulzeit, die er bis zum Abitur 1954 in Berlin am Gymnasium verbrachte, konnte er - damals eine absolute Seltenheit - ein Jahr in den USA verbringen. Anschließend studierte er Politikologie, Geschichte und Anglistik an der Deutschen Hochschule für Politik und an der mit Hilfe der Amerikaner in Dahlem frisch gegründeten Freien Universität Berlin.

Ab 1958 vermittelte Alexander Longolius Wissen, zunächst bis 1967 im Schuldienst, danach leitete er drei Jahre lang den Besucherdienst im Bundeshaus Berlin, bevor er weitere drei Jahre bis 1973 Direktor der Volkshochschule Schöneberg war. Gleichzeitig wurde Longolius politisch aktiv. Im letzten Regierungsjahr Adenauers, in dem die SPD bei der Wahl in Berlin fast 62% der Stimmen erhielt, trat er in die SPD ein. Das Mitglied der Abteilung 72 wurde schnell Bezirksverordneter. Politisch und beruflich ging der Aufstieg bald weiter. 1973 wurde Alexander Longolius Referatsleiter in der Abteilung für innerdeutsche Angelegenheiten beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin. Zugleich gehörte er dem SPD-Landesvorstand an. Zwei Jahre später wurde er Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin.

1981 trat Finanzsenator Klaus Riebschläger (SPD)

im Zuge der sogenannten Garski-Affäre, bei der der Senat risikoreich eine Bürgschaft vergeben hatte, zurück, wechselte aber gleich darauf in das politisch wichtigere Amt des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus. Diese politische Instinkttlosigkeit schlug hohe Wellen und schon nach einigen Wochen beerbte ihn Alexander Longolius in diesem Amt. Er führte die Fraktion aber nur einige Monate und gab die Führung dann an Hans-Jochen Vogel ab. Longolius wurde nach den Neuwahlen im Mai 1981 zum Vizepräsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses gewählt. Dies blieb er bis 1989.

Früh schon hatte sich Alexander Longolius auch als Brückenschläger zum Ostteil der Stadt hervorgetan. Schon Anfang der 80er Jahre hatten er und Harry Ristock Kontakte in die DDR geknüpft. Nach der Wende personifizierte Longolius den Einheitsprozess, indem er 1990 noch einmal für den Charlottenburger Partnerbezirk Köpenick in das Abgeordnetenhaus einzog.

Transatlantische Themen und Kontakte nach Amerika blieben sein Metier. 1983 gründete er die "Partnerschaft der Parlamente", eine deutsch-amerikanische Vereinigung von Länderparlamentariern, welche er 10 Jahre als Präsident führte. Derzeit ist er Vorstandsvorsitzender der Checkpoint Charlie Stiftung und der Initiative Berlin-USA e.V. Oft hört man seine Stimme, wenn es bspw. um die Belange des Amerika-Hauses geht. Möge sein Wirken insbesondere zur politischen Bildung noch lange anhalten. Bei der derzeit eher experimentellen Schulpolitik ist Alexander Longolius ein eindrückliches Beispiel dafür, wie sehr Schulzeit prägen kann.

Joachim Wagner

• TERMINE • TERMINE • TERMINE • TERMINE • TERMINE • TERMINE •

Liebe Charlottenburgerinnen, liebe Charlottenburger,

in diesen Wochen bin ich noch mehr als sonst im Wahlkreis unterwegs. Sie treffen mich an Infoständen auf Wochenmärkten, bei Podiumsdiskussionen oder verschiedenen Veranstaltungen. Aktuelle Informationen erhalten Sie auf meiner Homepage unter www.petra-merkel.de oder rufen Sie in meinem Büro an. Eine kleine Auswahl an Terminen finden Sie auch hier:

Zukunft der Pflege

Gemeinsam mit meiner Kollegin Dr. Eva Högl, MdB, lade ich Sie zur Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion „Zukunft der Pflege“ am 15. September 2009, um 11 Uhr, ins Sozialwerk Berlin, Humboldtstraße 12, 14193 Berlin ein. Diskutieren Sie mit uns über Fragen, die uns alle bewegen: Wie wollen wir im Alter leben? Was hat die Pflegereform bewirkt? Welche Aufgaben haben die Pflegestützpunkte? Eine Anmeldung ist erforderlich unter 227 77262.

Lietzenseefest für die ganze Familie

Am Samstag, dem 19. September 2009, von 14.30 bis 18.30 Uhr lädt die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf zum Familienfest auf die Wiese am Lietzensee, Zugang Kaiserdamm, ein. Politik zum Anfassen – u. a. mit der SPD-Bundestagsabgeordneten Petra Merkel, dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, dem SPD-Landesvorsitzenden Michael Müller. Neben der SPD präsentieren sich Theater und Organisationen aus dem Bezirk. Für Musik sorgen die „Brothers of Blues“. Die Kinder erwartet ein großes Spieleangebot - von Hüpfburg bis Seifenkistenrennen ist alles dabei.

Abschlusskundgebung mit Frank-Walter Steinmeier

Am 25. September 2009 findet am Brandenburger Tor die große SPD-Wahlkampfabschlusskundgebung mit Frank-Walter Steinmeier statt. Wenn Sie dabei sein wollen, melden Sie sich bitte in meinem Büro unter 227 77262 oder per E-Mail an petra.merkel@wk.bundestag.de, Stichwort „Abschlusskundgebung“.

Ich freue mich auf die Begegnungen mit Ihnen. Auch nach dem 27. September 2009!

Ihre



Petra Merkel, MdB

Ihre Bundestagsabgeordnete für Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf

Wahlkreisbüro **GOETHE 80**,
Goethestraße 80, 10623 Berlin,
Telefon: 313 88 82, Fax: 318 001 68
E-Mail: petra.merkel@wk.bundestag.de

Öffnungszeiten bis 30.9.2009:
Montag bis Freitag 10 – 18 Uhr

www.petra-merkel.de

Wussten Sie schon?

An dieser Stelle möchte ich über Straßen und ihre Namensgebung informieren:

Heute: Mierendorffplatz

Verkehrsreicher Platz im Ortsteil Charlottenburg inmitten der von Spree, Charlottenburger Verbindungs- und Westhafenkanal gebildeten Insel am Kreuzungspunkt von fünf Straßen und mehreren Buslinien, Bahnhof der U7.

Der 1887 entstandene Platz erhielt den Namen Gustav-Adolf-Platz nach König Gustav Adolf

von Schweden (geboren 1594 Stockholm, gefallen 1623 bei Lützen). Der Platz wurde 1912/13 vom Charlottenburger Stadtgarten-direktor Erwin Barth gestaltet. Im Zweiten Weltkrieg haben der Platz und seine Umge-bung sehr gelitten. Die Grünfläche wurde in den ersten Nachkriegsjahren für Kleingärten genutzt, 1950/51 aber wieder als öffentliche Anlage hergerichtet. Seit 30.3.1950 trägt der Platz den Namen des sozialdemokratischen Politikers und Widerstandskämpfers gegen das NS-Regime (Mitglied des Kreisauer Kreises) **Carl** (gen. Carlo) **Mierendorff** geboren am 25.3.1897 in Großenhain, ge-storben am 4.12.1943 in Leipzig bei einem Bombenangriff. Nach der Fertigstellung des in offener Bauweise errichteten U-Bahnhofs 1978 hielt man sich bei der Wiederherstel-lung des Platzes eng an die Entwürfe Barths. Brunnen, Bänke, Blumensäulen, To-re, Wegebeläge und Lampen wurden origi-nal nachgebildet.

Sprechstunde:

Frank Jahnke,

Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Siehe: www.frank-jahnke.de,

oder Aushang im Wahlkreisbüro

Goethestr. 80 sowie nach telefonischer Vereinbarung.

Tel./Fax: 030-313 88 82

bzw. per E-Mail:

frank.jahnke@spd.parlament-berlin.de

Anzeige:

LAVANDEVIL



*Restaurant
&
Kneipe*

Öffnungszeiten: Mo - So 16³⁰ - 1⁰⁰

Tel.: 030 / 342 92 80 • Fax: 030 / 342 52 81

Schustehrusstraße 3 • 10585 Berlin

direkt am U-Bhf Richard-Wagner-Platz

SPD-Vor Ort:

Herausgeber: Frank Jahnke; MdA;

Abt 7/2 & 7/6 & 7/7 der SPD Charlottenburg;

Christian Christen, Gotthard Krupp; Heike Stock

V.i.S.d.P.: Frank Jahnke; Goethestr. 80; 10623 Berlin

Gedenktafel: An der Einfassungsmauer für **Erwin Barth**.

Denkmalgeschutz:

Gartendenkmal, Haus Nr. 15, 1910/11 von M. Lindemann. Hier befindet sich die ehemalige Schlesingers-Apotheke (Apotheke am Mierendorffplatz).

Jürgen Behrend